

# Die Steigbügelhalter und ihr Lohn

Hitlers Einbürgerung in Braunschweig



Dritter Teil: Keine Stunde Null.

Die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der Einbürgerung 1945-1961

**Ulrich Menzel**

am 23.05.2018 in der



Evangelische Akademie  
Abt Jerusalem  
Braunschweig

---

[www.ulrich-menzel.de](http://www.ulrich-menzel.de)

# Gliederung

---

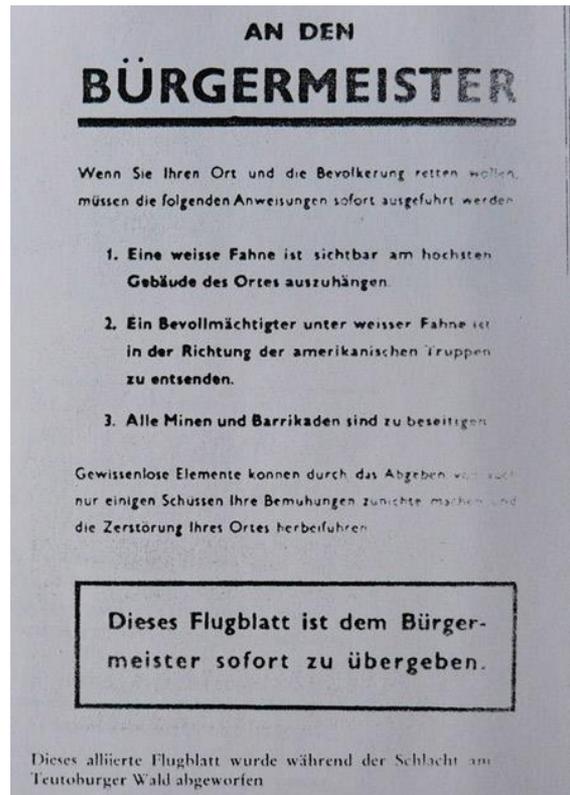
1. Die Amerikaner kommen
2. Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter
3. Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“
4. Die Steigbügelhalter vor dem Gericht
5. Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt

# Die Amerikaner kommen



Letzter Durchhalteapell des Gauleiters von Südhannover-Braunschweig, Hartmann Lauterbacher am 6.4.1945

# Die Amerikaner kommen



Amerikanisches Flugblatt April 1945



Zeitungsmeldung mit Befehl  
Himmlers vom 11.4.1945

# Die Amerikaner kommen

Amerikanische Luftaufnahme von Bodenstedt, 10.4.1945

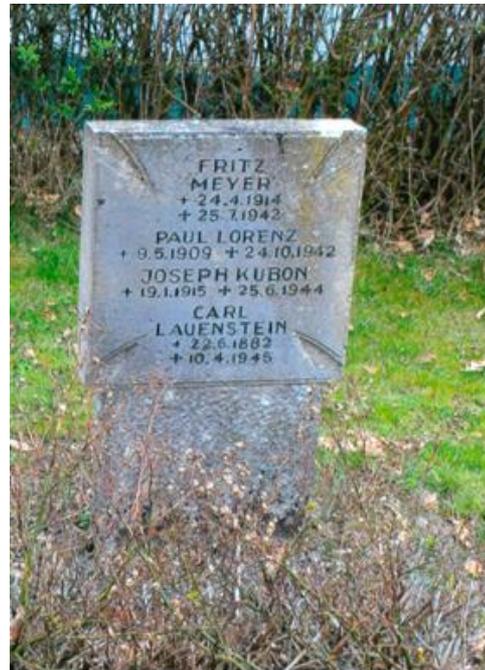


← = Panzersperren ○ = Hof von Lauenstein △ = Haus von Minderlein † = Fundort Lauenstein  
☞ = Treffpunkt des 120. US-Infanterieregiments mit Lauenstein und Ehlers

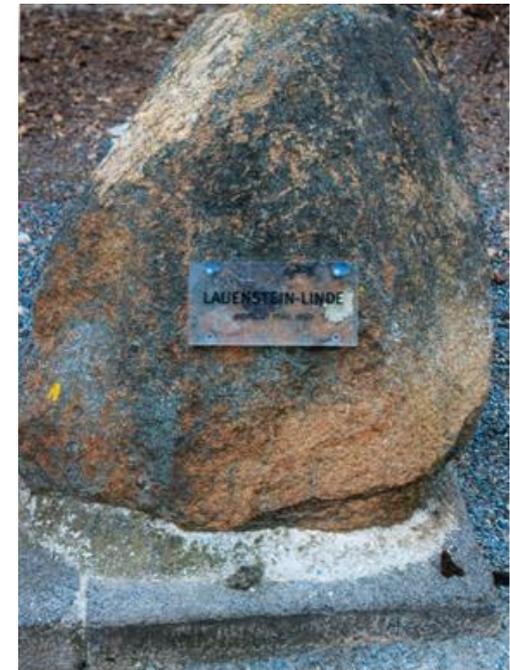
# Die Amerikaner kommen



Carl Lauenstein  
1882-1945



Ehrenfriedhof  
Bodenstedt 1955



Lauenstein-Linde 1995

# Die Amerikaner kommen



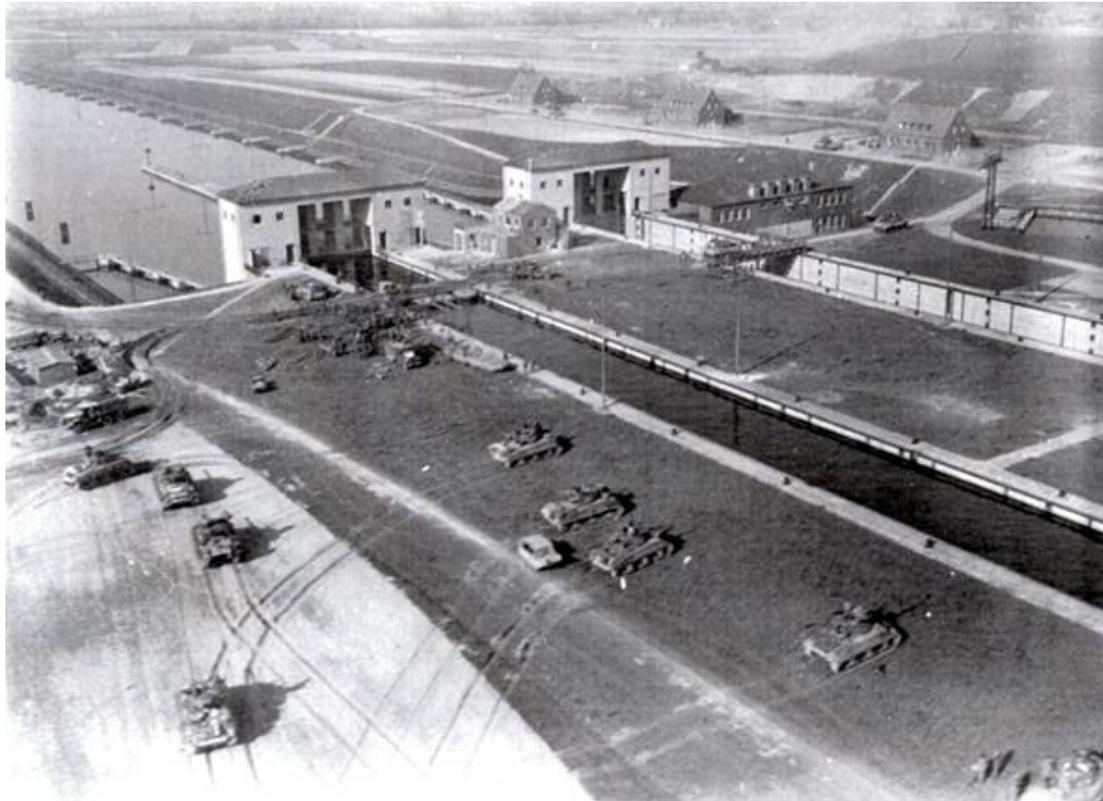
Die Aufnahmen zeigen den Durchzug des 2. Bataillons des 120. Infanterieregiments durch Bodenstedt am 11.4.1945 Richtung Vallstedt/Üfingen.

Im Hintergrund des rechten Bildes der Hof von Carl Lauenstein.

Quelle: [www.oldhickory30th.com/BschweigFallPhoto12](http://www.oldhickory30th.com/BschweigFallPhoto12) und [13.jpg](http://www.oldhickory30th.com/BschweigFallPhoto13)



# Die Amerikaner kommen



Schleuse des Stichkanals nach Salzgitter bei Wedtlenstedt,  
Aufnahme am 12.4.1945

Quelle: [www.oldhickory30th.com/BschweigFallFusePhoto1.jpg](http://www.oldhickory30th.com/BschweigFallFusePhoto1.jpg)

# Die Amerikaner kommen

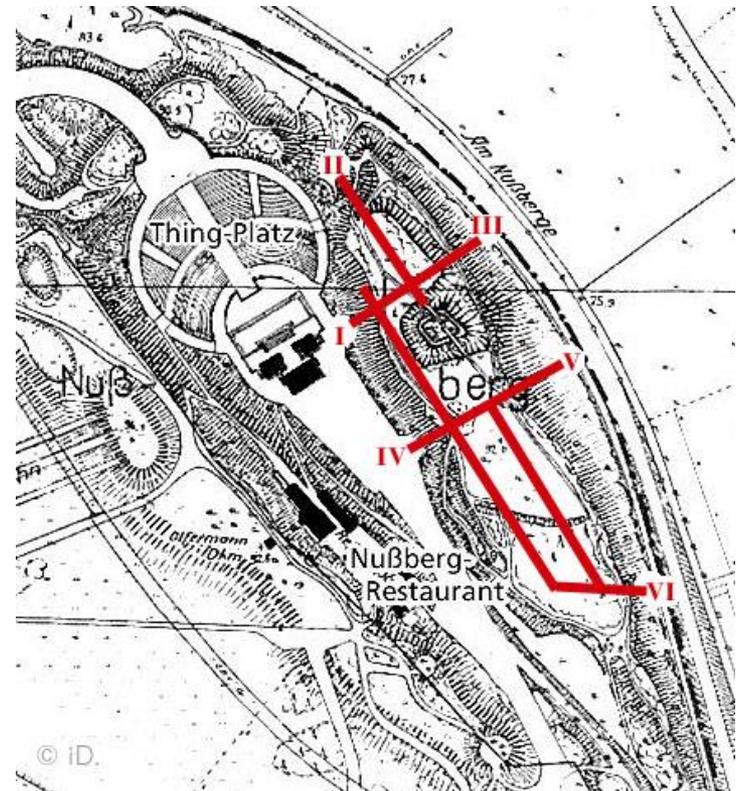


Kapitulationsverhandlungen zwischen General Hobbs und dem Kampfkommandant von Braunschweig, General Veith, im Schleusenhaus am Abend des 10.4.1945

# Die Amerikaner kommen



Kreisbefehlsstand im Nussbergbunker  
oberhalb des Franzschen Feldes



# Die Amerikaner kommen



Kreisleiter  
**Berthold Heilig**



Kampfkommandant  
**Karl Veith**



Ministerpräsident  
**Dietrich Klagges**

# Die Amerikaner kommen



Café Lück, Steinweg



Staatsministerium, Bohlweg

# Die Amerikaner kommen



Oberbürgermeister **Erich Bockler**  
(11.4-30.5.1945, von Klagges  
ernannt)



Ministerpräsident **Hubert Schlebusch**  
(24.4.1945-April 1946) übergibt im Juni  
1945 Hitlers Personalakte an den brit.  
Townmajor

# Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter

DR. E. A. ROLOFF  
O. PROFESSOR  
AN DER TECHN. HOCHSCHULE

BRAUNSCHWEIG, DEN 1944

In den Jahren 1938 und 1939 schrieb ich eine volkstümliche Geschichte der Stadt Braunschweig, die das Ergebnis zwanzigjähriger Forschungsarbeit zusammenfasste und später unter dem Titel "Tausendjähriges Braunschweig" als Buch erschienen ist. Da vor Vollendung der Drucklegung der Krieg ausbrach, musste die amtliche Papierbewilligung eingeholt werden. Um sie schneller zu erlangen, bat mein Verleger, Herr Paul Graff, den damaligen Oberbürgermeister um eine Empfehlung des Buches, und zwar mit dem Bemerkten, dass es den Interessen der Stadt im hohen Maße diene.

Der Oberbürgermeister gab das Manuskript nach mehrfacher Mahnung jedoch zurück, ohne auch nur eine Zeile beizufügen. Mein Verleger war schon damals der Ansicht, dass das Fehlen jeglicher Erwähnung des Nationalsozialismus in dem damals mit dem ersten Weltkriege abschliessenden Buche die Ursache dieses Verhaltens sei.

Diese Ansicht fand ihre Bestätigung. Einige Tage später wurde ich fernmündlich in die Kreisleitung bestellt. Ein mir unbekannter Mann - wahrscheinlich der Kreisleiter - machte mir in brüskem Tone Vorhaltungen und verlangte, dass dem Wirken des Nationalsozialismus in der Stadt ein besonderes Schlusskapitel gewidmet werde. Mein Einwand, ich wolle Geschichte geben und nicht die Gegenwart behandeln, wurde mit der Warnung abgetan, eine Weigerung werde als unfremdliche Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat angesehen werden; die erforderlichen Massnahmen gegen mich als Beamten würden eingeleitet werden. Auf meinen weiteren Einwand, es fehle mir an eschlichen Unterlagen, wurde mir eröffnet, ich möge in einiger Zeit wiederkommen.

Bei dem zweiten Besuch händigte man mir ein völlig ausgearbeitetes Schlusskapitel mit der Weisung aus, es müsse unver-

ändert gedruckt werden. Ich las die Ausarbeitung und wandte ein, dass sie nicht nur die versprochenen Tatsachen, sondern auch Werturteile enthalte, die ich nicht ohne weiteres unterschreiben könne. Ich erreichte jedoch nur, dass mir eine stilistische Überprüfung zugestanden wurde, bei der ich sehr vieles mildern und einiges ganz streichen konnte. Ausdrücklich wurde verlangt, dass ein Hinweis auf die Mitarbeit der Kreisleitung nicht gegeben werde.

Ursprünglich hatte ich die Absicht, nunmehr auf die Drucklegung des Buches ganz zu verzichten. Ich gab jedoch den dringenden Vorstellungen meines Verlegers nach, der - und ohne Frage mit Recht - darauf hinweisen konnte, dass ich damit schwere Nachteile, mindestens den Verlust meiner Stellung, wahrscheinlich aber noch Schlimmeres auf mich ziehen würde.

Braunschweig, den 1. Sept. 1944

*E. A. Roloff*

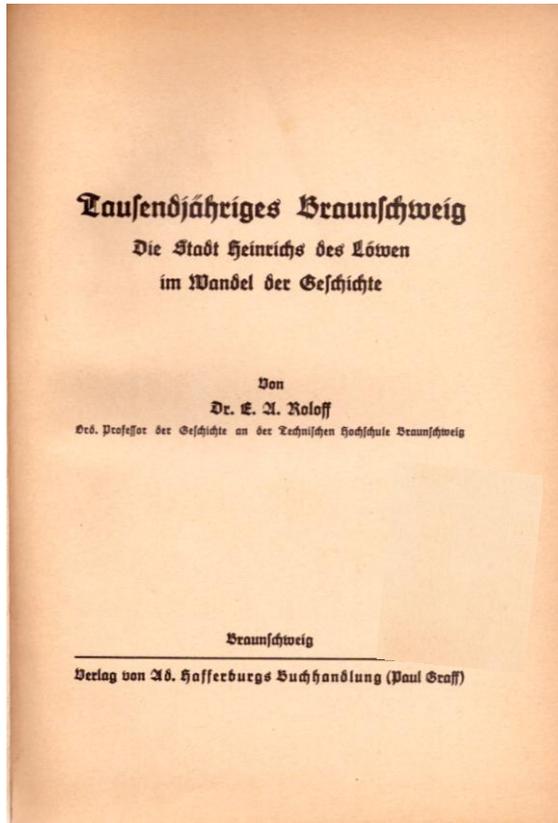
Ich bestätige den Inhalt dieser Darstellung und bemerke, dass Herr Prof. Roloff mir von den von ihm geschilderten Unterredungen sofort Mitteilung gemacht hat.

Z. Z. Schützenstedt, den 4. 9. 1944.

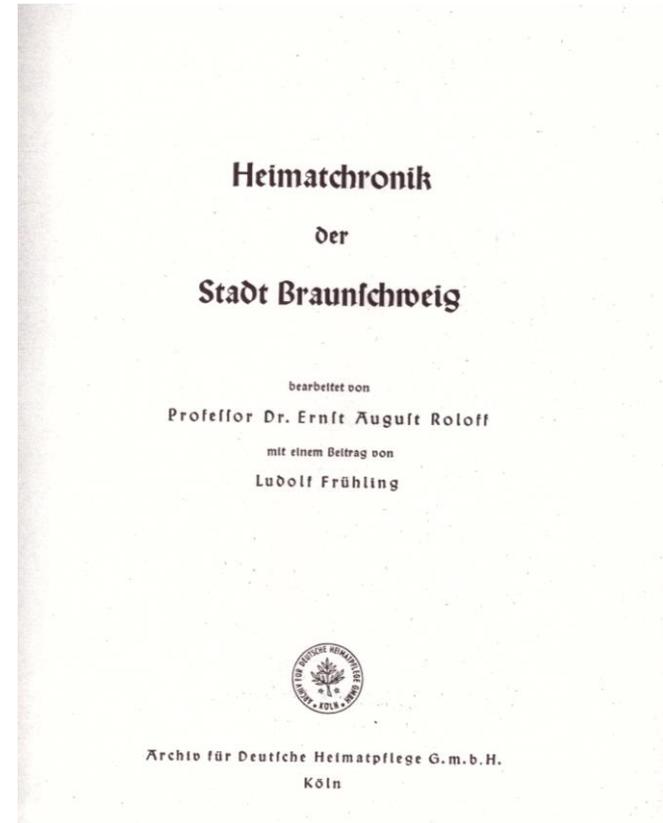
*Paul Graff*

Roloff am 1.9.1944, bestätigt durch  
Verleger Paul Graff am 4.9.1944

# Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter



Erste Fassung 1939 mit Schlusskapitel  
„Neues Deutschland, neues Braunschweig“



Gesäuberte zweite Fassung 1955  
ohne Schlusskapitel

# Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter

Berlin, den 29. Februar 1932

Vorwort:

Vorontern, Mittwoch, den 24. d. Mts., vormittags gegen 11 1/2 Uhr, traf der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums, Herr Minister Dr. Kiechenthal, zu einer längeren Besprechung ~~mit~~ auf der Gesandtschaft ein. Herr Minister Dr. Kiechenthal hatte sich am Tage vorher zu dieser Besprechung mit mir abgesondert mit dem Hinzufügen, daß es sich um eine Angelegenheit handele, welche die Einbürgerungsangelegenheit des Herrn Hitler betraf. Herr Minister bestätigte sich. Der Herr Minister führte dann folgendes an:

Die Einbürgerungsangelegenheit Hitler's spielt in Braunschweig bereits seit einigen Wochen, indem es der entschiedene Wunsch der nationalsozialistischen Partei in Braunschweig gewesen sei, Herrn Hitler in dieser Frage von Braunschweig aus die Wege zu ebnen und ihm endlich zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes zu verhelfen. Nachdem dieser Wunsch grundsätzlich bei den übrigen Regierungsparteien auf Billigung gestossen sei, habe zunächst die Lösung im Vordergrund der Betrachtung gestanden, dass Herrn Hitler eine Professur an der Technischen Hochschule in Braunschweig übertragen werden sollte. Diese Lösung sei dann aber auch weiteren Überlegungen auf sich beruhen geblieben, weswegen über den Punkt der Vorbildung für die Übertragung einer Professur nicht habe angedenken werden können, und die Lösung zweitens habe darin gesehen, dass die Ausübung der Professur durch Herrn Hitler doch wohl nur, die Daten zulassen würde.

*Ulrich Menzel*

Aufzeichnungen. 5.5.1945 1

Im Fall, daß jemand auf den Gedanken kommen sollte, mich auch nur mit dem kleinsten Vorwurf von der Welt mit der weiserzeitigen Bestellung des Herrn Adolf Hitler zum Regierungsrat in der braunschweigischen Staatsverwaltung und seiner Übersetzung an die von mir geleitete Braunschweigische und Anhaltische-Mecklenburg-Strelitzische Gesandtschaft in Berlin in Verbindung zu bringen, stelle ich hiermit zu diesem Vorgang folgendes fest und bekräftige dies in allen Punkten mit meiner eidesstattlichen Versicherung.

Anfangs 1932, also etwa 1 Jahr vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus beschlossen die Braunschweigische Landesregierung, in der damals der nationalsozialistische, spätere Ministerpräsident Klages dominierte, und der Braunschweigische Landtag, Herrn Hitler zum Zweck des Erwerbes des deutschen Staatsbürgerrechtes zum braunschweigischen Regierungsrat bei einem Vermessungsamt des Landes zu ernennen und ihn zur Beschäftigung an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin zu überweisen. Im Verfolg dieses Beschlusses suchte mich im März 1932 der damalige Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, der deutschnationale Minister Dr. Kiechenthal in Berlin auf der Gesandtschaft auf und ersuchte mich, in den nächsten Tagen die Verteidigung Hitler's als braunschweigischen Beamten vorzunehmen und ihn in seine Geschäfte bei der Gesandtschaft einzuführen.

Ein triftiger Grund für mich, mich diesem Auftrag der Regierung zu entziehen, lag nicht vor, denn es handelte sich für mich lediglich darum, ausführendes Organ für einen Auftrag zu sein, für den allein Regierung und Landtag verantwortlich waren und mit dessen Vorgeschichte ich nicht das Geringste zu tun gehabt hatte, ferner lag damals gegen die Persönlichkeit des Herrn Hitler nicht gravierendes vor, wurde er doch knapp 3/4 Jahr später vom Reichspräsidenten v. Hindenburg der Ehre würdigt zum deutschen Reichskanzler berufen zu werden, und endlich mußte man sich gerechtfertigt sagen, daß Hitler, der den ganzen Weltkrieg über als deutscher Soldat in der Front gestanden und vorher wie nachher 14 1/2 Jahre in Bayern gelebt hatte, ein Anrecht

Die zwei Vermerke des Braunschweigischen Gesandten Friedrich Boden zur Einstellung Hitlers als Regierungsrat am 26.2.1932 und am 5.5.1945

# Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter

Widm.

70

Namensk.

Am Montag, den 2. Februar 1932, habe ich mich  
samt gänzlich mit H. Klagges über die  
die letzten fünfzehnjährigen wegen eines abge-  
brannten Willens zum Posten am 1. Prof. 89.  
Hilfen über die zum Reichsminister ernanntem  
wünschten. Hier ist ein letztes Gegenstück  
besteht, so sind aus letzter Plänen nicht der  
geringste Abstand für.

Am 4. 2. 32 habe ich dem Herrn H. Klagges  
Klagges mit, so er den Minister am 1. (soerig)  
angehen. so er dem Minister in Angelegenheit Hitler  
zum 5. 2. 32 (soerig) gelte für:

Ich habe sofort erklärt, so ich weder geistlich noch  
als abgeleiteter, noch als Minister noch als  
Minister der Bürgerlichen Einheitsliste, deren  
Minister ich sei, entscheiden könne. Ich habe erklärt, daß ich  
gegen eine Prüfung durch den zuständigen H. Minister Klagges nichts  
einzuwenden hätte und daß, wenn eine Kabinettsentscheidung gewünscht  
würde, ich mir zuvor eine eingehende Prüfung vorbehalten müsse.  
Ich habe mir also jede Stellungnahme vorbehalten.

Am Montag, den 7. 2. 32 habe ich mich mit H. Klagges  
über die beabsichtigte Prüfung (durch O.M. Klagges) einzuwenden  
hätte und mich gebeten, die Sache vor der Hand streng ver-  
tuschlich zu behandeln.

gen. Dr. Kuchenthal 13/2.32

Für die Richtigkeit der Abschrift:  
Braunschweig, den 8. Mai 1945

Margarete Gent

Abschrift.

71

Vermerk.

Am Dienstag, den 2. Februar 1932, habe ich mich rein persönlich  
mit Herrn Minister Klagges über die Berliner Zeitungsmeldungen  
wegen einer etwaigen Ernennung Hitlers zum Professor an der  
Techn. Hochschule hier oder zum Reichsratsberollmächtigten unter-  
halten. Wir haben uns beide gegenseitig bestätigt, daß uns von  
solchen Plänen nicht das geringste bekannt sei.

Am 4. 2. 32 gegen Abend teilte mir Kollege Klagges mit, daß er von  
München aus (Goering) angerufen und zu einer Besprechung in Ange-  
legenheit Hitler zum 5. 2. 32 nach Berlin gebeten sei.

Ich habe sofort erklärt, daß ich weder privat noch als Deutsch-  
nationaler noch als Minister noch als Minister der Bürgerlichen Einheits-  
liste zu einer etwa beabsichtigten Einbürgerung Stellung nehme,  
sondern mir diese ausdrücklich vorbehalten müsse. Ich habe betont,  
daß unter Vorbehalt alles weiteren ich niemals etwas untersuchen  
würde, was contra legen wäre oder auch nur nach einem Vorstoß  
gegen das Gesetz aussehen könnte.

Am Sonntag, den 7. 2. 32 habe ich mich auf Wunsch des H. Kollegen  
Klagges im Staatsministerium eingefunden. Dort hat mir H. Kollege  
Klagges mitgeteilt, daß in nationalsozialistischen Kreisen ernst-  
lich erwogen werde, Hitler in Br. durch "Anstellung als Beamter"  
die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Ich habe auch hier wiederholt, was ich am 5. 2. 32 erklärt hatte, daß  
ich mir jede Stellung vorbehalten müsse, daß ich niemals gegen das  
Gesetz verstößen würde und daß ich eine solche Frage, wenn sie an  
mich dienstlich herantrete, erst nach Anhörung meines Landesvor-  
standes und nach Anhörung der Bürgerlichen Einheitsliste, deren  
Minister ich sei, entscheiden könne. Ich habe erklärt, daß ich  
gegen eine Prüfung durch den zuständigen H. Minister Klagges nichts  
einzuwenden hätte und daß, wenn eine Kabinettsentscheidung gewünscht  
würde, ich mir zuvor eine eingehende Prüfung vorbehalten müsse.  
Ich habe mir also jede Stellungnahme vorbehalten.

Am 11. 2. 32 Frh hat mir H. Kollege Klagges mitgeteilt, daß er die  
beabsichtigte Prüfung (durch O.M. Klagges) einzuwenden  
hätte und mich gebeten, die Sache vor der Hand streng ver-  
tuschlich zu behandeln.

gen. Dr. Kuchenthal 13/2.32

Für die Richtigkeit der Abschrift:  
Braunschweig, den 8. Mai 1945

Margarete Gent

Vermerk  
Küchenthals zur  
drohenden  
Anstellung Hitlers  
vom 13.2.1932 und  
die Abschrift des  
Vermerks vom  
8.5.1945 mit  
Bestätigung der  
Sekretärin

# Die frühen Rechtfertigungen der Steigbügelhalter

Koller 7/20 1.3.49

Der Versuch einer 'Entlastung' Wolfsburg.

Wenn man bedenkt, dass wir hier in der vom nationalsozialistischen Staat gegründeten "Musterstadt" leben, ist man veranlasst, darüber nachzudenken, was für uns heute aus dieser Tatsache folgert. Wie ist es überhaupt zur Gründung dieser Stadt gekommen? Stimmt es, dass man gerade hier die Fehler des Nationalsozialismus am deutlichsten spüren soll, was ist an diesen vielen, das man gehört hat Wahres und Falsches, was ist wirklich auf die falsche Grundeinstellung des nat. Systems zurückzuführen? Hat die neue Stadt, besonders in dem Zustand, in dem sie uns heute entgegentritt ihr Gepräge durch den Nationalsozialismus oder durch Hitler gerade erhalten, hat man hier alles in alle Einzelheiten bewusst festgelegt oder handelt es sich hier um die Arbeit xbeliebiger Ingenieure, Architekten und Spezialisten? War es eine ausgesuchte Garde, die gerade hier nach strengsten Gesichtspunkten suchen sollte? Was von all dem bitteren Ungemach und den täglich spürbaren Nachteilen geht zu Lasten technischer, politischer oder gar typisch nationalsozialistischer Fehler, Fehlschüsse oder gar Vergehen?

Soweit wird auch der abseits stehende ohne eingetragene Kenntnisse der Vorgänge ohne weiteres kommen: Ein Augen, der seine Millionen km Erprobung durchmacht, um dann auch vieler, vieler Köpfe Arbeit und vieler Hände Zugreifen am Riemenband zu entstehen, um so alle Kinder zu laufen, kann weder nationalsozialistisch noch nichtnationalsozialistisch, ja erkannt nicht einmal ein rein deutsches Produkt genannt

- Blatt V -

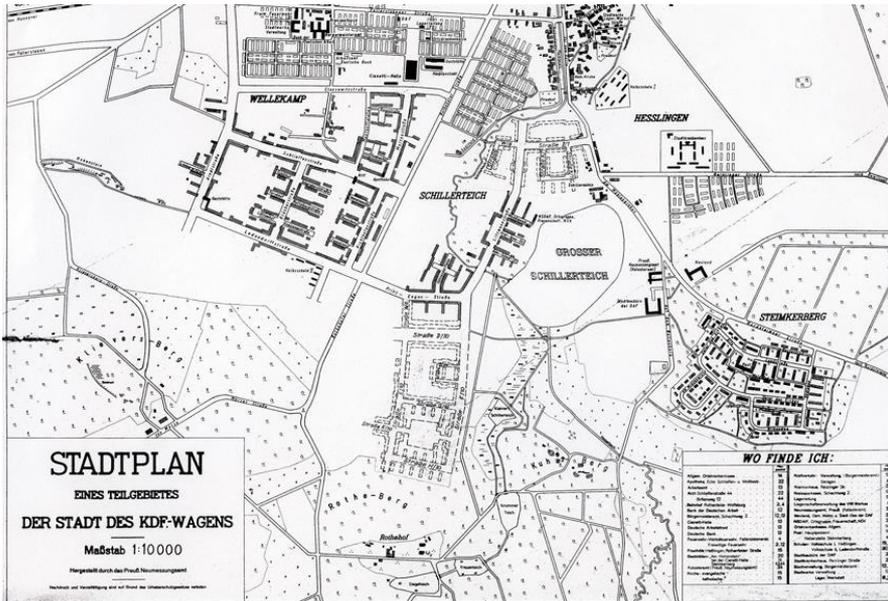
wir erst zu der Gemeinschaft kommen, die wir unserer neuen Heimat wünschen und mit der wir uns den Segen für diese neue Heimat verdienen können.

Aber was ist hier sonst noch alles zu bemängeln, weshalb gibt es keine Schulen, weshalb keine Kinos, keine öffentlichen Bauten, zu wenig Häfen? Es wurde alles versucht, mit den Kontingenten, die die Stadt im Rahmen der Kriegswirtschaft zugewiesen bekam, auch diese Gebäude zu errichten. Da Schulbauten grundsätzlich nicht genehmigt wurden, wurde das Projekt als Massenquartier getarnt, aber es hat nichts genutzt. Dass dieses notwendigsten Dinge fehlen, ist eine Folge des Krieges für uns Wolfsburger so, wie die Bombenschäden für unsere Nachbarstädte. Dass wir diesen Krieg dem Nationalsozialismus verdanken und dass er die Folge der Flucht vor dem alten System ist. wissen wir. Aber warum sollen wir mit diesem Krieg die neue, noch kaum geboerene Stadt, unsere Stadt, moralisch belasten! Weshalb sollen wir sie überhaupt belasten?! Wir sind mit Schwierigkeiten belastet genug und sie besteht ja letzten Endes nur aus Steinen, Sand und Zement und das sind nicht nur unbelastete, sondern gewiss unbelastbare Dinge, natürlich, soweit es sich um nicht physikalische Lasten handelt. Und dessen was nicht da ist, brauchen wir uns auch nicht zu schämen. Wir fangen einfach ganz getrost wieder von vorn an!!

Wolfsburg, 1. März 1949  
Koller

Manuskript Peter Kollers vom 1.3.1949

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“



Bei Kriegsende fertiggestellte Bauten der Stadt des KdF-Wagens

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“



Untertitel:

**„Stadt des KdF-Wagens“**

Obertitel:

**Adolf-Hitler-Stadt? oder  
Wolfsburg?**

(wie Wolfsschanze  
oder Wolfsschlucht nach  
Hitlers Decknamen „Wolf“)

Umbenennung der „Stadt des KdF-Wagens“ am  
25.5.1945 in „Wolfsburg“ durch Magistrat und  
Stadtverordnete

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“

## Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung Gemeindewahl Wolfsburg 1946

Wahlbezirk	Wahlbe- rechtigte	Wahlrecht aberkannt <sup>a</sup>	Wahl- beteiligung
I Wellekamp West	1591	70 (4,4%)	63,5
II Wellekamp Ost/Süd	1682	100 (5,9%)	63,8
III Wellekamp Nord/ Laagbergsiedlung	1723	95 (5,5%)	66,2
IV-1 Schillerteich	1582	107 (6,8%)	) 62,3
IV- 2 Gemeinschaftslager/ Volkswagenwerk/ Sandkämperkippe	49	1 (2,0%)	)
V Steimkerberg	1815	144 (7,9%)	58,3
V I - 1 Alt Wolfsburg/ Baracken	780	17 (2,2%)	37,9
VI - 2 Hesslingen/ Reislinger Lager	840	34 (4,9%)	51,3
gesamt	10062	567 (5,6%)	59,9

Quelle: Stadtarchiv Wolfsburg WOB 304, 1262; HA 310

## Operation Wolfgang

Anordnung der Britischen Militärregierung in Lüneburg vom 2.9.1946:

„(1) It has been decided to move 189 families from the area of WOLFSBURG Motor factory and disperse them within RB.

(2) All the working members of these families have been removed from employment through Denazification directive No. 24.”

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“



1951



Otto Ernst Remer (1912-1997)  
spricht 1951 auf einer  
Versammlung der Sozialistischen  
Reichspartei in Wolfsburg.

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“

Gemeindewahlen Wolfsburg 1948 und 1949 (Stimmen nach Wahlbezirken in Prozent)

	gesamt	SPD	CDU	DP	FDP	KPD	DReP
<b>I Wellekamp West</b>							
1948	4263	27,3	7,7	-	-	2,9	62,1
1949	4827	34,2	11,2	47,5	2,4	4,8	-
<b>II Wellekamp Ost</b>							
1948	3574	19,6	8,1	-	-	5,2	67,1
1949	3933	29,5	15,4	49,3	1,3	4,6	-
<b>III Wellekamp Nord</b>							
1948	4466	23,6	10,2	-	-	4,3	61,9
1949	4819	30,5	12,5	51,6	0,9	5,5	-
<b>IV Schillerteich/Gemeinschaftslager</b>							
1948	4867	17,6	9,6	-	-	3,0	69,8
1949	4529	32,6	11,2	48,2	2,9	5,1	-
<b>V Steimkerberg</b>							
1948	4604	14,3	14,3	-	-	2,2	69,2
1949	4443	22,9	27,8	43,5	2,5	3,2	-
<b>VI Hesslingen/Alt Wolfsburg</b>							
1948	3812	30,2	12,6	-	-	3,7	53,5
1949	3739	27,4	15,1	47,8	4,3	5,4	-
<b>gesamt</b>							
1948	25585	21,8	10,4	-	-	3,5	64,3
1949	26290	29,7	15,4	48,0	2,3	4,8	-

Wahlergebnisse Wolfsburg 1946 – 1956 (in Prozent)

Wahl	wahl- berechtigt	Wahlbe- teiligung	ungültig	SPD	CDU	DP	FDP	KPD	DReP <sup>c</sup>	DRP <sup>d</sup>	BHE	SRP/NAP
15.09.46 Gemeinde	10.063	68,8	2,94	59,06	25,27				14,89			
13.10.46 Kreistag	10.063	59,9	?	54,47	33,03		0,53		11,79			
20.04.47 Landtag	12.661	55,2	9,50	44,58	26,20	3,44	1,46		14,82			
28.11.48 Gemeinde <sup>a</sup>	13.132	70,9	4,76	21,83	10,45				3,47	64,25		
28.11.48 Kreistag <sup>a</sup>	13.138	71,0	9,86	21,85	11,15	1,25	0,40		3,26	61,49		
29.05.49 Gemeinde <sup>a b</sup>	14.549	70,1	7,95	29,67	15,26	48,0	2,30		4,76			
05.08.49 Bundestag	14.758	72,9	2,66	24,16	10,10	18,15	1,62		3,60	40,11		
06.05.51 Landtag	16.671	69,5	4,45	30,42		17,29 <sup>e</sup>	4,99		2,69	5,69	14,79	22,68 <sup>f</sup>
11.11.51 Gemeinde <sup>a</sup>	17.213	67,4	4,51	31,23	17,64	8,55	3,47		4,29		18,62	24,60 <sup>f</sup>
06.11.52 Gemeinde <sup>a</sup>	18.769	62,3	4,32	34,40		34,95 <sup>e</sup>			2,85		23,44	3,70 <sup>g</sup>
05.12.54 Gemeinde <sup>a</sup>	23.718	50,5	2,94	28,24	32,81	4,89	5,76		1,99		19,61	6,70 <sup>g</sup>
28.10.56 Gemeinde <sup>a</sup>	28.955	65,5	0,75	37,97	30,43	5,05	6,26			3,12	15,13	2,04 <sup>g</sup>

Quelle Stadtarchiv Wolfsburg WOB HA 1262; eigene Berechnungen

# Von der NS-Musterstadt zur „Neuen Hauptstadt der Bewegung“

---

## **Kategorien der Entnazifizierungsverfahren**

- I. Hauptbeschuldigte
- II. Belastete
- III. Minderbelastete
- IV. Mitläufer
- V. Entlastete

## **Vorwürfe gegen die braunschweiger Steigbügelhalter**

- I. Förderer des Nationalsozialismus wegen Hitlers Einbürgerung
- II. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- III. Nutznießer des Nationalsozialismus/pers. Bereicherung

# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht

<b>Klagges</b>	Internierung, Kategorie I, zwei Prozesse, sechs Jahre + lebenslänglich, auf 15 reduziert, nach 12 Jahren entlassen
<b>Alpers</b>	Selbstmord 1944
<b>Frank</b>	Kategorie I, in Nürnberg hingerichtet
<b>Zörner</b>	Mai 1945 untergetaucht, 1959 für tot erklärt
<b>Schmidt-Bodenstedt</b>	Internierung, Kategorie III wegen Tätigkeit im REM
<b>Küchenthal</b>	PG, Kategorie III, Entlassung, Berufsverbot, Hausarrest
<b>Roloff</b>	kein PG, ein Semester Suspendierung, Kategorie V
<b>Wessel</b>	Kein PG, gestorben 1939
<b>Brandes</b>	kein PG, Kategorie IV, Entlassung
<b>Kiesel</b>	PG, SS, Entlassung, Kategorie III, Revision IV, Zeuge pro Klagges
<b>Richter</b>	PG, Internierung, Kategorie IV
<b>Heimbs</b>	wahrscheinlich kein PG, Zeuge, Aussteller von Persilscheinen

# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht



Klagges als Gruppenführer der SS

# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht



Klagges im Internierungslager  
1948

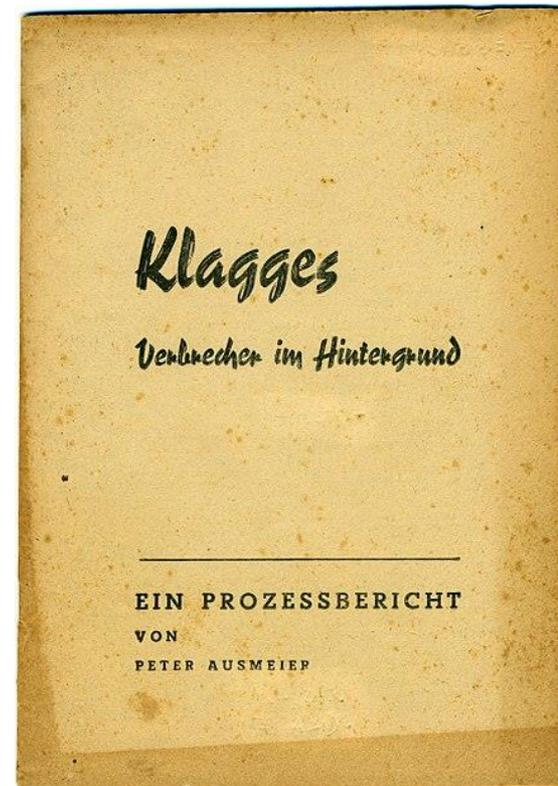


Mit Anwalt Grünkorn vor dem  
Braunschweiger Schwurgericht 1952

# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht



1954



1950

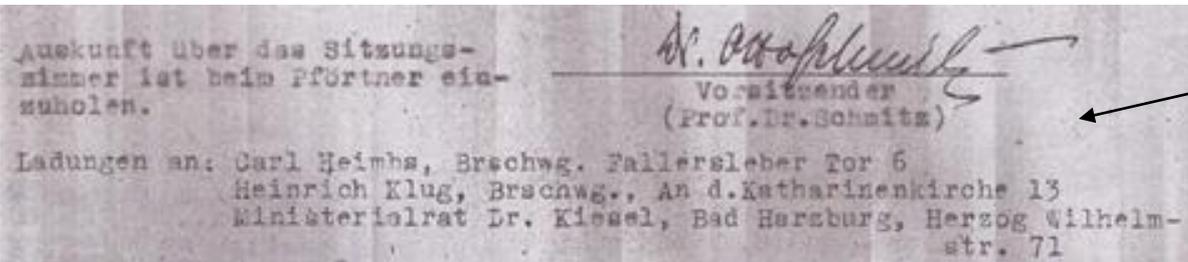
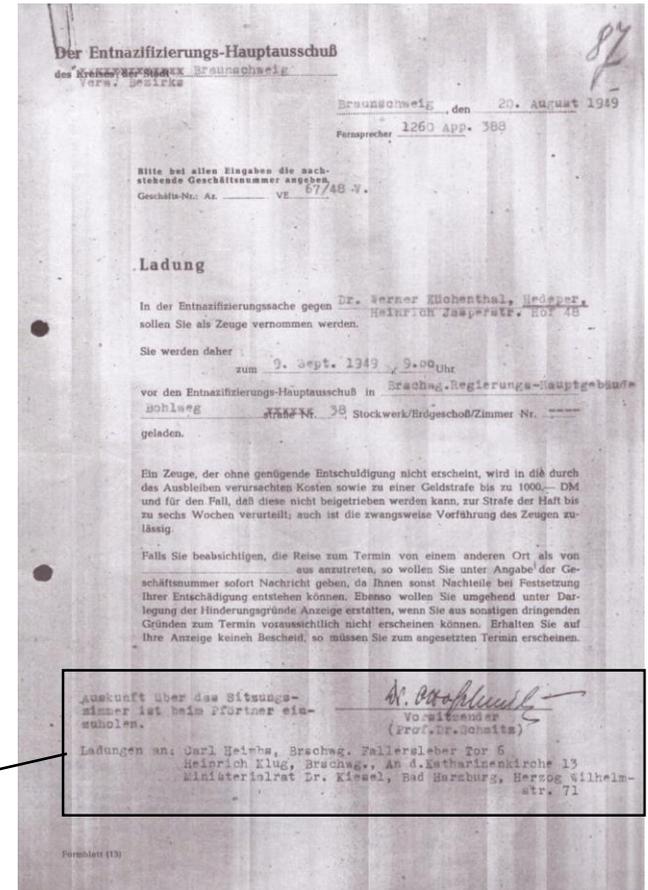
Dietrich Klagges, Im Umgang mit Adolf Hitler. Manuskript Bad Harzburg ca. 1969

# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht

Pastor Max Hinze, Schöningen, belastet Küchenthal erstmals am 29.6.1946

*„He states that the German National Party which in fact was the only party in Brunswick to join the National Socialist Party (Hitler) and that KÜCHENTHAL was the prime mover in making HITLER a citizen of Brunswick, by which he became a German citizen. KÜCHENTHALS past is again being investigated.“*

Quelle: War-Diary, 120. Military Detachment vom 2.7.1945



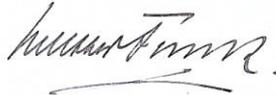
# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht

Ernennungsurkunde!

100  
125

Ich ernenne  
den Staatsbankpräsidenten Dr. jur. Werner K ü c h e n t h a l  
zum  
Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank.  
Ich vollziehe diese Urkunde in der Erwartung, daß der  
Ernannte getreu seinem Diensteid seine Antspflichten gewissen-  
haft erfüllt und das Vertrauen rechtfertigt, das ihm durch  
diese Ernennung bewiesen wird. Zugleich darf er des besonderen  
Schutzes des Führers und Reichskanzlers sicher sein.

Berlin, den 6. Dezember 1939  
Der Reichswirtschaftsminister



IV. Kred. 37. 248/39

200  
10

Im Namen  
des  
Deutschen Volkes  
verleihe ich

dem Staatsbankpräsidenten  
Dr. jur. Werner K ü c h e n t h a l  
Braunschweig

als Anerkennung für 40jährige treue Dienste  
das  
goldene  
Treudienst-Ehrenzeichen.

Berlin, den 30. März 1942

Der Führer und Reichskanzler



# Die Steigbügelhalter vor dem Gericht

Der Generalstaatsanwalt. Gegenständig: Braunschweig 28. Nov. 1945  
Gen. Staatsanw. Dr. Starr  
Justizrat: Conrad

Es erscheint auf Vorladung der ordentliche Professor der Technischen Hochschule Dr. phil. Ernst August Roloff, wohnhaft Braunschweig, Kaiser Wilhelmstr. 35a und erklärte auf Befragen:

Ich war im März 1932 sowohl Ordinarius an der Technischen Hochschule wie Vorsitzender der sogen. Fraktion "Bürgerliche Einheitsliste". Wir hatten zu jener Zeit in Lande Braunschweig eine Koalitionsregierung zwischen "Bürgerlicher Einheitsliste" und NSDAP. Vertreter der ersteren im Landtage war im Ministerium Dr. Kuchenthal, Vertreter der letzteren Klagges. Das Verhältnis der Abgeordneten war 11:9. Mir sind die Vorgänge, die mit der Einbürgerung Hitlers im Zusammenhang stehen, noch aus der Erinnerung in grossen Zügen bekannt. Ich darf wohl von vornherein bemerken, dass ich manche Einzelheiten meiner Kenntnis entziehen, da ich nur in geringerem Umfange an dem Zustandekommen der Angelegenheit beteiligt bin.

Ich erinnere mich noch an folgende Vorgänge:  
Es mag Anfang des Jahres 1932 gewesen sein, als der damalige Volksbildungsminister Klagges sich an den Lehrkörper der Hochschule mit der Mitteilung, er werde Hitler die neugeschaffene Professur für Pädagogik übertragen und zwar mit einem Lehrauftrag für Allgemeine Politik. So wurde mir jedenfalls die Intervention von Klagges durch verschiedene Hochschulkollegen berichtet. Diese waren über das Ansinnen des Ministers ungehalten und versuchten, bei mir in ihrer Bedrängnis Hilfe zu finden, da sie annehmen zu sehen, dass auch ich einen solchen Vorschlag gegenüber Widerstand leisten würde. Dies habe ich auch getan. Ich habe mich dann gleich mit dem Minister Klagges in Verbindung gesetzt und diesen auch über meine ablehnende Haltung nicht im unklaren gelassen. Wie ich aus der Besprechung mit Klagges entnehmen musste, ging sein Plan nicht etwa dahin, die Ernennung Hitlers nicht nur zum Schein vorzunehmen, sondern er beabsichtigte allen Krates, ihn Vorlesungen über Politik vorles Studenten halten zu lassen, zu deren Besuch sämtliche Studierende verpflichtet werden sollten. Es ist mir dann auch gelungen, Klagges von der Undurchführbarkeit dieses Gedankens zu überzeugen. Er verzichtete dann darauf.

Wenn ich Klagges in dieser Situation einen ablehnenden Standpunkt vortrug, so geschah dies ganz ohne Rücksicht auf seine politische Stellung, sondern lediglich in meiner Eigenschaft als Hochschullehrer der um die Geschicke der Hochschule besorgt war.

- 2 -

Prof. Dr. E.A. Roloff  
Braunschweig, den 20.2.1947.

Herrn  
Albert Brandes  
Braunschweig  
Schunterstrasse

Sehr geehrter Herr Brandes!

Ihren Wunsch, Ihnen aus meiner Erinnerung heraus eine kurze Schilderung unserer und ganz besonders Ihrer Einstellung zu dem politischen Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus und zur Frage der Einbürgerung Hitlers zu geben, komme ich nach bestem Wissen und Gewissen hiermit nach.

Die erste Notwendigkeit eines Zusammengehens mit dem damals einzigen Nationalsozialisten des Braunschweigischen Landtages ergab sich unter der Regierung Marquardt-Kuchenthal 1925 bis 27, weil die Regierung für einige im Landesinteresse liegende Vorlagen sonst keine Mehrheit bekommen hätte. Der damalige ns. Abgeordnete Riese-später, wie ich gehört habe, aus der NSDAP. ausgeschlossener erwies sich als verständiger, jeden Radikalismus abholdere Mann von anständiger Gesinnung, sodass bei dieser Zusammenarbeit nur gute Erfahrungen gemacht wurden.

Dr. E. A. Roloff  
10. Professor an der Technischen Hochschule  
Braunschweig, den 23.8.1949  
Justizrat Dr. Conrad

Sehr verehrter Herr Kollege Schmitz!

Ich würde es für zweckmässig halten, in der Angelegenheit Kuchenthal noch folgende Zeugen zu liess (falls es noch nicht geschehen ist):

- 1.) Notar Mecke, hier, Steinbrecherstr. 9
- 2.) Fabrikant Carl Udo, hier, Humboldtstr. 16.

Beide waren mit K. eng befreundet, kamen aber in Konflikt mit ihm wegen seiner Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber und können über diese am besten Auskunft geben.

- 3.) Kaufmann Carl Heimbe, am Fellerlebertor 6,
- 4.) Minister a. D. und Ministerialrat a. D. Gerhard Menquort, Schöppenstedt Wilhelmstr. 18.
- 5.) Justizobersekretär i. R. Albert Brandes, Hamburg-Wandsbeck, von Bergenstr. 28 (früher Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der Deutschen Volkspartei).

Die drei Letztgenannten dürften, neben Kuchenthal, die einzigen sein, die von der Einbürgerung Hitlers, wie sie sich wirklich vollzogen hat, noch etwas wissen. Zweckmässig würde es ferner sein, die Akten im Anwaltsbüro abzuheften gegen Albert Brandes heranzuziehen, die bei Entnazifizierungsausschuss für Justiz- und Polizeibeamte sein müssen.

Mit bestem Gruss  
Ihr ganz ergebener

Roloff

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt



Historiker Rudolf  
Morsey  
Jg. 1927

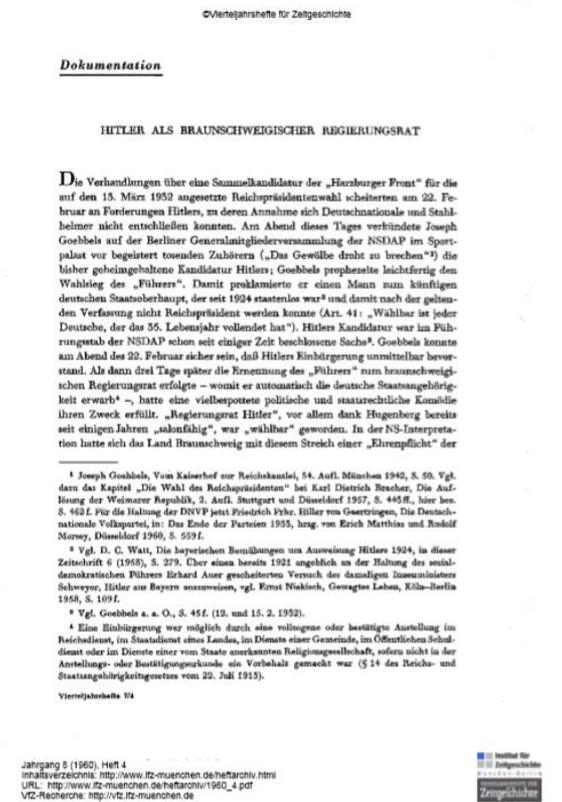


Gebäude seit 1955 Sitz des Nds.  
Landesarchivs Standort Wolfenbüttel,  
ehemals Braunschweigisches  
Staatsarchiv, Treffen Morsey-Kleinau-  
Küchenthal am 14.1.1960

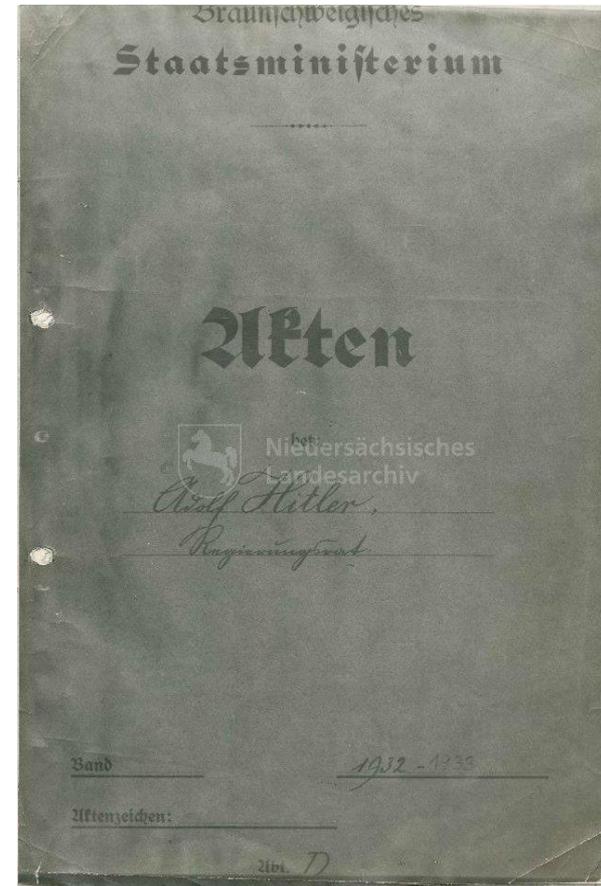


Archivdirektor  
Hermann  
Kleinau 1902-  
1978

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt

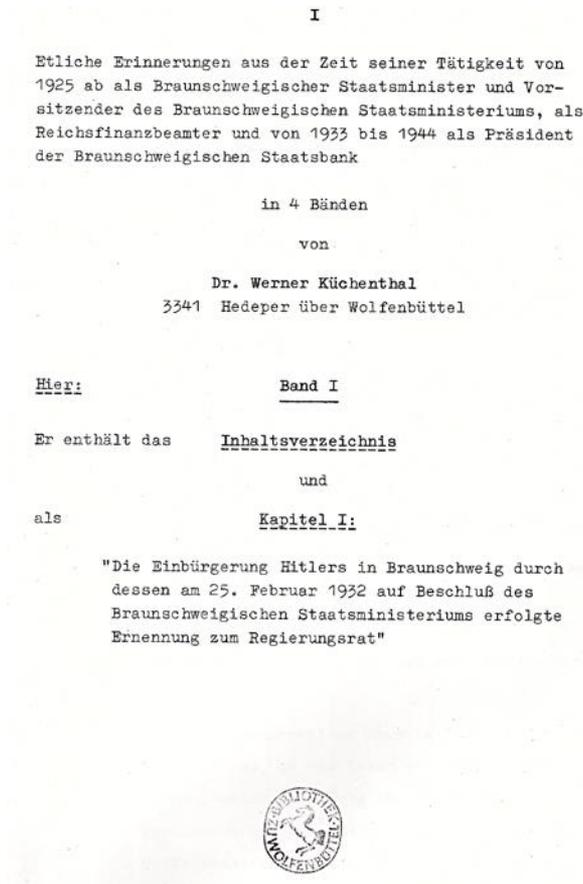


Erschienen  
Dezember 1960



Morseys Kopie von Hitlers braunschweiger  
Personalakte ab 16.2.1961 in Wolfenbüttel

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt

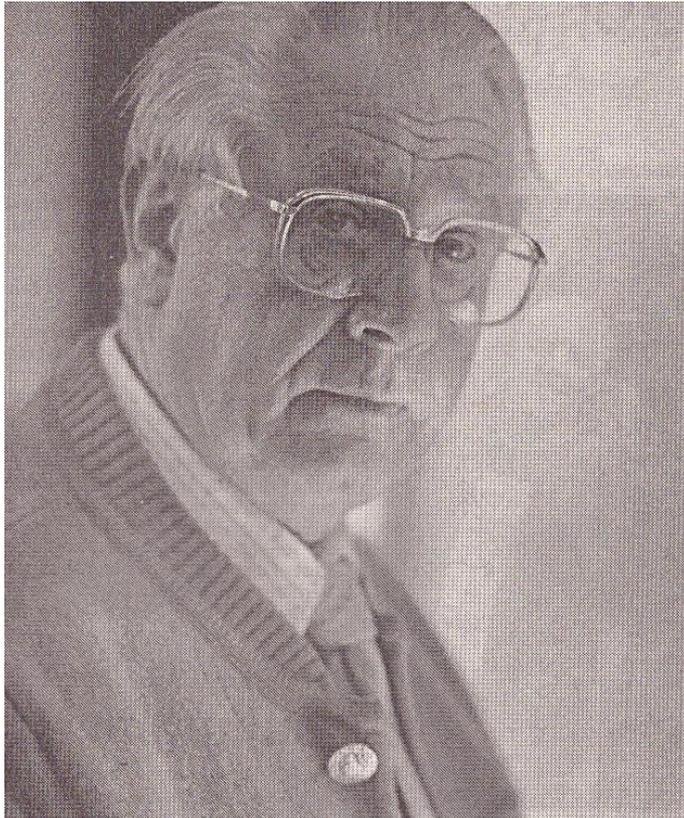


1969-1973

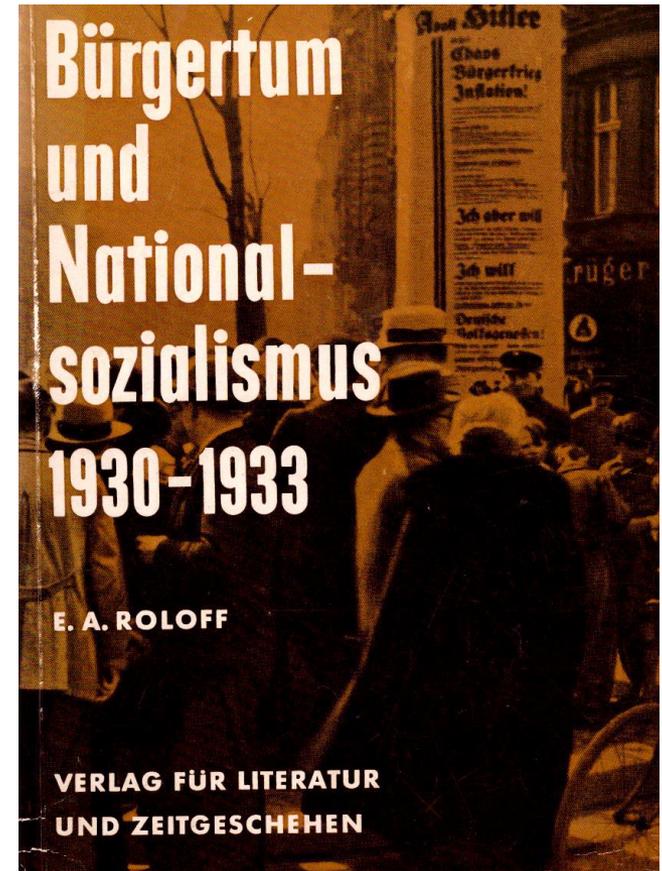


Werner Küchenthal  
1882-1976

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt



Ernst-August Roloff (jun.)  
1926-2017



1961

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt

DEUTSCHLAND

## ZEITGESCHICHTE

### Einbürgerung

#### Professor Hitler

früher Orient-Geschäftsmann plädierte für einen einheitlichen Flächenzoll (etwa 20 Mark pro Quadratmeter), der die „Volks-Person“ relativ stärker belastet als die hochwertigen Kapitalanlage-Objekte.

Jacoby und seine Verbandfunktionäre glauben der Unterstützung des Bundeswirtschafts- und des Bundesfinanzministeriums sicher zu sein. In Bonn zogen vor allem zwei Argumente: Der Iran ist zur Zeit gegenüber Westdeutschland aus... vermindert, da das Land der Teppichkäufer fast doppelt soviel Ware vom Westdeutschland bezogen hat wie die Bundesrepublik dort einkaufte. Die Aussichten für einen bilateralen Zahlungsausgleich schwinden

Die Braunhemd-Masse im Berliner Sportpalast rumorte, und der kleine Paul Joseph Goebbels strahlte. Er hatte seinen Scharen soben — am 22. Februar 1932, die frühe Botschaft übermittelte, der Führer werde bei der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten als Kandidat der Nationalsozialisten auftreten. Goebbels: „Das Gewölbe droht zu brechen... Die Menschen lachen und weinen durcheinander.“

Der Taumel-Spuk im Sportpalast — später regelmäßig inszeniert, aber 1932 nach ein Ereignis — fiel derart heftlich aus, weil der höchste Hakenkreuzer die Geduld seiner Gefolgshelden mit einer harten Probe gestellt hätte: Erst wenige Tage vor Litzensblut und drei Wochen vor der Wahl vom 12. März 1932 ließ Hitler seinen Entschluß zu kandidieren durch Goebbels auszusprechen.

Während man bislang glaubte, der große Führer habe so lange schulden schulden müssen, ob er es verantworten könne, mit den deutschen Weltkriegs-Denkmalen um die Präsidentschaft zu ringen, fand ein Amateur-Historiker jetzt eine — fahrlässige — Erklärung für Hitlers Zögern: Der zugeratete Osterreicher, der deutsche Reichspräsident werden wollte, besaß noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, sondern mußte zunächst einmal eingebürgert — naturalisiert — werden. Erst dann konnte der Marsch in die Zukunft beginnen.

Der Braunschweiger Student Dr. Ernst-August Roloff stellte aus den Privatpapieren seines Vaters, des deutschen nationalen Professors Roloff, eine demokatisch erscheinende — Dokumentarische — über das braune Braunschweig und die Einbürgerung des Adolf Hitler zusammen\*\*.

Da der NS-Mensch, als notorischer Revolutionär verschrieben, nicht darauf rechnen konnte, daß ein formeller Einbürgerungs-Antrag die notwendige Zustimmung der Länder — vor allem Bayerns, wo Hitler 1923 vergebens geflüchtet hatte — finden würde, blieb nur eine Chance: Der einstige Anstreicher aus Braunschweig mußte irgendwo Beamter werden.

Allein im Land Braunschweig aber hatte sich 1932 ein Nationalsozialist in



NS-Minister Klages: Den Führer naturalisiert

immer mehr. Je später der persische Teppich-Export in den EWG-Raum durch hohe Zölle gedrückt wird.

Das zweite Argument ist Ost-West-politischer Art. Seit der ersten Erhebung der EWG-Außenzölle sind sowjet-russische Staatsbürger so häufig in das persische Teppich-Geschäft eingestiegen, daß sie in diesem Jahr mit ihrer Einfuhrquote die westdeutschen Teppich-Importeure ausstechen werden. Die sowjetische Begünstigung des persischen Exports, so behaupten die west-deutschen Teppich-Politiker, könnte Moskau Einfluß in Teheran erheblich stärken.

\* Hindenburg war 1933 zum Reichspräsidenten gewählt worden. 1932 ließ er sich wieder aufrufen und wurde von der SPD, dem Zentrum und der Demokratischen Partei unterst.

\*\* Ernst-August Roloff: „Bürgertum und Nationalsozialismus 1918 bis 1932 — Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“, Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover 1981; 308 Seiten, 1,80 Mark.

DER SPIEGEL, Nr. 40/1961

DEUTSCHLAND



Partei-Strategie Hitler (1932). Regierungsrat im Wolfenbüttel

ein Ministeramt vorgeprägt, dem es möglich war, den Ausländer Hitler zum Staatsbürger zu machen: Der Alte Kämpfer Dietrich Klages, wegen seiner NS-Aktivität als Mittelschul-Konrektor im Harz abgesetzt, war Ende 1931 in eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen eingetreten.

Einer der wichtigsten Partei-Aufträge, die NS-Klages erhielt, datierte vom 2. Februar 1932. Der Minister sollte Hitler zum Professor an der Braunschweiger Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina ernennen, den Plan aber zunächst vertraulich behandeln.

Schon Mitte Februar 1932 legte Klages eine Aktennotiz des Inhalts an: „Mit Rücksicht auf die politische Bildung des betraugenden Geschlechts“ sei es „dringend erforderlich“, daß die TH-Studierenden mit den Grundfragen der Nationalpolitik vertraut gemacht würden.

Dabei beachtete er, Klages, eine Persönlichkeit, die sich... in einer führenden politischen Stellung bewährt hat“, an die Braunschweiger Hochschule zu berufen. Man habe ihm mitgeteilt, so schloß Klages, daß Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregententplatz 16, 2. Stock, bereit sei, dem Ruf zu folgen.

Hitlers besondere „Qualifikation“ für die politische Ordinariat sah der NS-Minister darin, daß der Kandidat sich durch sein grundrätliches politisches Werk „Mein Kampf“ als wissenschaftlicher Schriftsteller und Pädagoge ausgewiesen habe.

Zunächst mußte Klages aber die Zustimmung der bürgerlichen Koalitions-partner einholen. Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) unter Brandes war grundsätzlich bereit, bei der Einbürgerung des Schriftstellers Hitler mitzuwirken.

Schrieb DVP-Brandes an seinen Reichsvertreter „Dingeldey“: „Ich hoffe, mit Ihnen einig zu gehen, daß

man eine Einbürgerung Hitlers auf völlig legitimen Weg auch von uns befürworten sollte.“

Die führenden Männer der rechten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) hingegen hatte Hitler schon vorher persönlich bearbeitet. In einer schriftlichen Notiz gegenüber dem DNVP-Chef Hugenberg machte er die Mitwirkung in der von Hugenberg inspirierten „Harz-



Kolffsekomm Helms' Schlingeschäft im Park-Hotel

## HEIM INS REICH

(Nr. 40/1961, Hitler)

... bringen Sie einen Artikel „Professor Hitler“, in welchem in bezug auf mich unter anderem behauptet wird, ich habe bei einem Gespräch mit den Herren Hans Frank und Ernst Zörner in Braunschweig Ende Februar 1932 die Pläne für die Einbürgerung Hitlers gebilligt, nachdem Frank in Aussicht gestellt habe, Hitler werde der „schwerkämpfenden Braunschweigerischen Industrie lebensrettende Aufträge vermitteln“.

Es wird damit bei dem Leser der Eindruck erweckt, als seien für meine damalige Haltung kommerzielle Erwägungen bestimmend gewesen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Bei der fraglichen Unter-



Helms

redung ist mit keinem Wort von der „schwerkämpfenden Braunschweigerischen Industrie“ oder davon die Rede gewesen, Hitler werde der Industrie lebensrettende Aufträge vermitteln. Eine solche Aussicht ist weder von einem der Teilnehmer der Besprechung auch nur angedeutet worden noch hat sie bei einem der Beteiligten eine Rolle gespielt.

Ich habe alsbald über den Inhalt der Unterredung dem damaligen Vorsitzenden der DVP, Herrn Brandes, jetzt Hamburg, berichtet. Tatsache ist, daß ich, selbst Frontsoldat des Ersten Weltkrieges, in Übereinstimmung mit der DVP, der ich angehörte, einen Mann, der vier Jahre lang im Kriege mit Auszeichnung seine Pflicht getan hatte, für würdig und berechtigt hielt, auf seinen Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Nachdem Sie mein Bild im Zusammenhang mit einer Aufnahme von

BRIEFE

Klages und Hitler veröffentlicht haben, muß ich darauf Wert legen, klarzustellen, daß meine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus im Braunschweiger Raum bekannt gewesen ist. Wegen dieser ablehnenden Haltung bin ich nicht weniger als fünfmal in das hiesige Büro der Geheimen Staatspolizei zu Vernehmungen bestellt worden. Hierfür steht in und außerhalb Braunschweigs eine große Reihe von Zeugen zur Verfügung.

Braunschweig CARL HEIMBS

... haben meine späteren Quellenstudien, wie ich nun auch in meinem Buch geschrieben habe, ergeben, daß der Volksparteiler Dr. Wessej und nicht Herr Heimbs (beide maßgeblich in der Industrie- und Handelskammer) Erwägungen in die Diskussion und zum Ziele brachte, durch die Einbürgerung Hitlers könne die braunschweigerische Industrie Aufträge erhalten.

Ich bedaure, daß Sie die Arbeit von Dr. Rudolf Morsey nicht erwähnen, der eine Dokumentation über die Einbürgerung schon eher veröffentlicht hat. Mit großem Gelächter quittierten meine Kollegen, daß Sie mich als „Amateur-Historiker“ apostrophiert haben. Hoffentlich ordnet das Kultusministerium nicht eine Überprüfung meiner Vorbildung an, da es mich bisher als „Profi“ behandelt und für meine Tätigkeit als Geschichtslehrer nach A 13 besoldet hat. Da ich ursprünglich die Absicht hatte, meine (vom SPIEGEL besprochene) Arbeit als Habilitationsschrift der Universität Göttingen vorzulegen, wäre nicht auszudenken, was aus meiner wissenschaftlichen Laufbahn geworden wäre, hätte die Fakultät auch den Eindruck erhalten, daß es sich um eine Amateurbarbeit handelt.



Roloff

Hoffentlich gehören die Herren, denn ich nun später meine Dienste als Hochschuldozent für Geschichte anfragen möchte, nicht zu den SPIEGEL-Lesern mit gutem Gedächtnis!

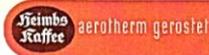
Braunschweig DR. ERNST-AUGUST ROLOFF

DER SPIEGEL Nr. 40/1961 (1961)

DER SPIEGEL, Leserbrief Nr. 42/1961

# Die wissenschaftliche Aufarbeitung beginnt

HEIMBS & SOHN · BRAUNSCHWEIG  
KAFFEE-GROSSROSTEREI-TEE-GROSSHANDLUNG  
REBERING 30 · POSTSCHLISSFACH 107



Tag. 28. September 1961  
1/ha

## E r k l ä r u n g

Es mag wohl Anfang des Jahres 1932 gewesen sein, lt. "Spiegel" ist es Februar 1932 gewesen, als mein Schwager, der Landtagspräsident Zörner, mich anrief und sagte: "Carl, heute Abend bin ich mit einer besonderen Persönlichkeit im Parkhotel gegen 10.00 Uhr. Ich möchte dich bitten, sei doch zu einer Aussprache bereit". Ich sagte zu und war pünktlich um 10.00 Uhr im Parkhotel, musste aber eine Stunde warten, so dass ich schon wieder fortgehen wollte, wie mein Schwager dann mit einem anderen Herrn zu mir kam. Der andere Herr wurde vorgestellt als Frank II, ein Name, der mir bis dahin kaum ein Begriff war. Ich hörte dann, dass Frank II in enger Verbindung zu Hitler stünde.

Es wurde dann von meinem Schwager die Aussprache eröffnet und erwähnt, dass Frank II über meine politische Einstellung genauestens informiert sei. Er wüsste, dass ich im Vorstande der DVP wäre, infolgedessen möchte er gern mit mir gesprochen haben. Es handelte sich um die Einbürgerung von Hitler. An sich wurde dann die Frage gestellt, wie ich und wie die Partei sich zur Einbürgerung von Hitler stellen könnte. Ich antwortete darauf: "Für mich wäre dies eine vollständig klare Angelegenheit. Ich wäre erstaunt, zu hören, dass Hitler nicht Bürger des Deutschen Reiches sei, denn ein Mann, der vier Jahre in der deutschen Armee gekämpft habe, der solle doch ohne weiteres das Recht auf Einbürgerung haben". Das wäre meine persönliche Ansicht und ich glaubte auch, dass das die Ansicht der DVP sei. Ich wurde dann gebeten, die Sache doch dem Vorstande weiterzugeben, was ich auch versprach und was ich auch am folgenden Tage gemacht habe.

- Blatt 2 -

Fernruf-Sammelnummer 30944 · Fernschreiber 0952774 · Telegramm-Adresse: Heimbskaffee  
Banken: Landeszentralbank · Deutsche Bank AG · Braunschweigische Staatsbank · Postbank Hannover 41543

- Blatt 2 -

Ich habe mich mit dem Geschäftsführer Bredtschneider (leider verstorben) in Verbindung gesetzt. Dieser hat sich mit dem jetzt in Hamburg lebenden Brandes (derzeit 1. Vorsitzender der Landesgruppe Braunschweig der DVP) weiter in Verbindung gesetzt, worauf Bredtschneider ein Telegramm an Dingeldey geschickt hat, und Dingeldey hat sofort wieder deponiert "Einverstanden". Dieses habe ich Zörner mitgeteilt. - An den danach einsetzenden Verhandlungen habe ich nicht teilgenommen. -

Soweit in kurzen Zügen der Ablauf. Nun möchte ich mich dagegen verwahren, wenn im "Spiegel" geschrieben wird:

"Laut Roloff billigte Heimbs bei dieser Gelegenheit die Einbürgerungspläne, nachdem Frank in Aussicht gestellt habe, Hitler werde der schwer kämpfenden braunschweigischen Industrie lebensrettende Aufträge vermitteln".

Daneben ein Bild

"Kaffeekaufmann Heimbs, Schwingengeschäft im Parkhotel".

Dagegen verwahre ich mich auf das Allerschärfste.

Mit Frank II und meinem Schwager Zörner habe ich mich an dem fraglichen Abend nach meinen ersten Worten mit einer rückhaltlosen Zustimmung für die Einbürgerung nur über die Unmöglichkeit der Durchführung der von Hitler propagierten Thesen unterhalten, und ferner habe ich verschiedentlich Frank II gebeten, Hitler zu veranlassen, die Judenfrage möglichst ganz zurückzustellen. Eine Bitte, welche ich meinem Schwager gegenüber immer ausgesprochen habe.

- Blatt 3 -

## Erklärung von Carl Heimbs für die Firmenmitarbeiter, 28.9.1961